



53. Internationaler Kongress der European Journalists Association  
Budapest, 8. – 11. Oktober 2015

## Resolution 2015 - 12 Punkte für Europa

1. Die Mitglieder der European Journalists sind tief besorgt über den Zustand Europas. Die Europäische Union steht in diesen Monaten vor der größten Bewährungsprobe in ihrer Geschichte. Gelingt es dieser ungewöhnlichen Staatenstruktur, die sich als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bezeichnet, in dieser **humanitären Krise eine einheitliche Position** zu erreichen? Oder werden Kurzsichtigkeit und nationale Egoismen eine Lösung verhindern? Wir fordern, dass Europa eine faire Verteilung und Versorgung der Flüchtlinge organisiert und dabei die Prinzipien der Menschenrechte achtet.
2. Ein Schlüssel zur Lösung der Probleme ist, das Asylrecht der EU-Staaten zu **harmonisieren**. Wenn es für Asylbewerber überall in Europa ähnliche Standards der Versorgung und Aufnahmeverfahren gibt, lässt sich der Zustrom begrenzen, besser verteilen und die Konzentration der Probleme auf wenige Länder vermeiden. Gleichzeitig müssen unsere Außengrenzen so gesichert werden, dass wir entscheiden können, wer kommen darf und wer nicht. Europa ist vielfältig, weltoffen und hilfsbereit. Genauso gilt: Nur wer sich an unsere Regeln hält und unsere Gesetze befolgt, darf hier bleiben. Die EU braucht ein Konzept, um Bürgerkriege, religiöse und ethnische Konflikte – als Ursache für die Flüchtlingsströme – zu verhindern. Sie muss ihr geopolitisches Umfeld mit allen gebotenen Mitteln stabilisieren und intensiver mit diesen Staaten kooperieren.
3. Die Europäischen Journalisten sind tief darüber besorgt, dass **unsere gemeinsamen Werte** (u.a. UN-Charta) immer weniger beachtet und verteidigt werden. Sie werden zu schnell relativiert, wie z.B. im Umgang mit Russland in der Ukraine-Krise oder bei anderen Menschenrechtsverletzungen. Unsere Grundprinzipien wie Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmungsrecht der Völker oder die Inhalte der Europäischen Menschenrechtskonvention sind nicht verhandelbar, dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Sie bleiben das Fundament unserer Gemeinschaft.
4. Zunehmend besorgt sind die Europäischen Journalisten über das Verhalten der Wirtschaft, vor allem internationaler Konzerne. Gemeint ist die schamlose, dreiste Missachtung gesetzlicher Vorgaben. Beispiele sind die Steuertricks in der Schweiz, die Steuerverlagerung und Vermeidung im Rahmen der „Lux-Leaks-Affäre“, Zinsmanipulationen internationaler Banken oder der aktuelle Emissions-Betrug bei Volkswagen. **Die Wirtschaft muss das Primat der Politik** wieder respektieren. Die Politik muss Bedingungen schaffen, unter denen die Wirtschaft sich entwickeln kann.
5. Die Europäischen Journalisten erkennen mit Sorge die Spaltungstendenzen in der Europäischen Union. Befürworter eines **Austritts aus der EU** (Brexit) gewinnen in Großbritannien an Boden. Leider wird auch von großen Teilen englischer Medien mit dem Feuer gespielt. Wir fordern unsere Kollegen auf, nicht weiter zu polarisieren und den politischen Schaden einer Trennung zu bedenken. Die Tendenz zur Kleinstaaterei, wie sie sich in dem Votum in Katalonien zeigt, ist beängstigend. Wir **brauchen keine neuen Grenzen** oder eine territoriale Zersplitterung.
6. Die Griechenland-Krise hat viele Probleme offenbart und sie wird die Medien weiterhin beschäftigen. Diese unsolide Finanzpolitik und die unkonventionelle Art politische Entscheidungen herbeizuführen, hat sich zerstörerisch auf den Zusammenhalt Europas ausgewirkt. Die Konsequenz kann nur sein, ein „Staatsinsolvenzrecht“ einzuführen, das für die Eurozone gilt. **Europa braucht eine Schuldenobergrenze**, ab der ein Euro-Land als überschuldet gilt. Es ist offensichtlich, dass nicht nur Bankpleiten die öffentlichen Finanzen gefährden können, sondern auch politisches Versagen die Banken destabilisiert. Manchen Journalisten und Politikern sind die Gefahren der Überschuldung nicht bewusst.

7. Unsere Befürchtungen über den Zustand der Pressefreiheit sind erheblich gewachsen. Dass außerhalb der EU, in Russland, in Belarus, etc. Pressezensur und Meinungsunfreiheit tägliche Regel ist, kritisieren wir nachdrücklich. Aber auch in vielen Ländern Südosteuropas wird eine freie Presse als lästiges Übel betrachtet, der Druck auf Journalisten wächst von Jahr zu Jahr. Wir wirken aktiv an einer Verbesserung dieser Zustände mit.

8. Pressefreiheit darf auch nicht missbraucht werden. Auf facebook oder twitter werden zum Teil offen rassistische Hetze und rechtsradikales Gedankengut verbreitet. Solche Attacken können sich nicht auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit berufen. Wir erwarten von der Politik, dass sie klare Regeln (z.B. gegen Volksverhetzung) aufstellt und bei Betreibern die Einhaltung durchsetzt. **Die Verrohung der Sitten im Internet** muss gestoppt werden.

9. Europäische Journalisten und Wissenschaftler warnen vor zunehmender Desinformation und Propaganda. Es gibt besorgniserregende Zahlen: 47 Prozent der Deutschen glauben in einer aktuellen Umfrage, dass sie durch die Medien einseitig informiert werden. Ursache für diesen Trend ist die **massenhafte Verbreitung von Halbwahrheiten** und manipulierten Informationen über das Internet. So stieg während der Ukraine Krise das Misstrauen gegenüber den Medien, weil die Berichtsbearbeitung als einseitig prowestlich empfunden wurde.

10. Kritisch beobachten wir den Trend, wie stark das emotionale Bild den Stellenwert einer Nachricht beeinflusst. Als Hunderttausende von Flüchtlingen noch in Lagern in Jordanien, Libanon und Türkei festsaßen, hat sich kaum ein Kamerateam darum gekümmert. Als sie sich in Bewegung setzten, von Schleppern ausgebeutet über das Wasser trieben, oder an Stacheldrahtzäunen protestierten, war das Flüchtlingsproblem (wg. dramatischer Bilder?) plötzlich das große Thema. **Mit verantwortlicher Berichterstattung** oder gar mit dem Aufspüren künftiger Krisen hat dieses Verhalten wenig zu tun.

11. Als Europäische Journalisten beobachten wir eine **unheilige Allianz zwischen Rechten und Linken**, die die Europäische Union bekämpft. Noch nie saßen im Europaparlament so viele EU-Gegner wie gegenwärtig. Besonders für rechte EU-Gegner ist die Europäische Union nur ein Werkzeug für unzulässige Eingriffe in die nationale Selbstbestimmung. Überall nehmen solche Tendenzen zu, zum Teil auch wegen der Unfähigkeit, sich in Brüssel auf einen dauerhaften Kompromiss zu einigen. Wir müssen Radikalisierung und Rückfall in Nationalismus kritischer unter die Lupe nehmen.

12. Zeitungsverlage machen Millionenverluste, Zeitungsredaktionen werden geschlossen, viele Kollegen stehen auf der Straße. Eine Entwicklung, die uns tief besorgt, für die wir bisher noch kein Rezept gefunden haben. Die Probleme sind: **Wie kann Qualitätsjournalismus, vor allem im Printbereich** erhalten werden? Angesichts rückläufiger Leserzahlen werden die Verlage abhängiger von Anzeigen und damit von der werbetreibenden Wirtschaft. Damit wiederum schwindet die kritische Distanz zur Wirtschaft und Konzernen. Solche Abhängigkeiten gefährden die Pressefreiheit.

Wie kann die regionale Tageszeitung, die vor Ort einen wichtigen Beitrag zur politischen Partizipation leistet, weiter existieren? Oder wird sie in Zukunft durch Lokal-Blogs ersetzt? Wie ändert sich der Journalismus im Lokalbereich? Welchen Einfluss hat die Click-gesteuerte Werbung auf Inhalte? Werden Journalisten mehr und mehr auch zum Verkäufer? Werden sich Inhalt und Werbung weiter vermischen? Oder liegt die Zukunft in Digitalzeitungen, die sich ausschließlich über ihre Leser finanzieren? Unsere Mitglieder sind aufgefordert, sich intensiv an dieser Diskussion zu beteiligen und nach Lösungen zu suchen. Dabei darf es **niemals ein Europa ohne freie und unabhängige Medien** geben.

**Schlussbemerkung:** In einer Welt mit wachsender Globalisierung und einer immer größeren Interdependenz benötigen wir eine starke Europäische Union. Sie wird nur geschaffen, wenn sich alle **an die eigenen Beschlüsse halten** und sie nicht bei erster Gelegenheit ignorieren. Die Zukunft kann nicht von Politikern gestaltet werden, die täglich ihre Fahne in den Wind hängen und sich von der jeweiligen Stimmung ihrer Wähler beeinflussen lassen. Europa braucht weitblickende Politiker, die nach gemeinsamen europäischen Lösungen suchen und sie vorantreiben. Genauso fordern die Europäischen Journalisten alle Kollegen auf, die Politik in diesem Sinn zu motivieren und kritisch zu betrachten.